



Abonnementpreis in Breslau und in der Provinz bei unseren Agenturen durch eigene Boten frei ins Haus monatlich 150 M., vierteljährlich 450 M.; bei Abholung von den Vertriebsstellen in Breslau monatlich 147 M., vierteljährlich 441 M.; bei Abholung von den Geschäftsstellen in Breslau monatlich 145 M., vierteljährlich 435 M. Bei der Post monatlich 150 M.

Breslau, Freitag, 1. September 1922

Einrückungsgebühr für den 1. Platz Raum in Millimeterhöhe (1 Zeile ist 24, mm hoch), 12. 0. M. (Wochenblatt 15.00 M.), bei Anzeigen aus Schießen und Posen 9.00 und 11.00 M. In der Morgenausgabe Stellenangebote 5.00 M., Familienangelegenheiten (nur Anzeigen und mehrsprachig), die zweispaltige Millimeterhöhe 5.00 M., Radrufe 9.00 M. (Anzeigen an bezugsfreie Stelle (Spalte)) 55.00 M., Schießen und Posen 45.00 M.

Geschäftsleiter: Dr. Richard Schmidt, Fernsprecher der Redaktion Ring Nr. 2681, 2722 und 640 (letzte nur für den Stadtverkehr), der Handelskammer Ring Nr. 414, Sprachstunden der Redaktion 10 bis 12 Uhr. Manuskripte werden nur aufgegeben, wenn Rückporto beiliegt. Rettungsbestellung und Anzeigenannahme (Schluß 8 Uhr, ohne Gewähr für eine bestimmte Nummer) in der Geschäftsstelle Schönebergener Straße 47/49 (Fernsprecher Ring Nr. 1944 und 4418 und in der Einzelgeschäftsstelle Kaiserstraße 17, Fernsprecher Ring Nr. 4768. Telegramm-Adresse: Schöneberg, Breslau 88, W. G. G. Korn. — Geschäftsstelle für Ober-Schlesien: Beuthen O.S., Solgerstraße 5, Fernsprecher Beuthen O.S. 1025. Bei Eindrungen durch höhere Gewalt, Streik, Auslieferung u. dgl. können Erlassensprüche nicht berücksichtigt werden.

Ablehnung des deutschen Moratoriumsantrages. Annahme des belgischen Kompromisses.

Die Entscheidung der Reparationskommission.

Paris, 31. August. (Von unserem Sonderberichterstatter.) In der heutigen Sitzung der Reparationskommission, die um 7 Uhr 15 Minuten abends zu Ende ging, wurde folgende Entscheidung gefällt:

Die Reparationskommission hat die Ehre, auf den Brief des deutschen Reichskanzlers vom 12. Juli zu antworten. Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Reparationskommission nicht in der Lage ist, das von der deutschen Regierung beantragte Moratorium zu bewilligen, glaubt sie auch nicht in der Lage zu sein, sich über die Vorschläge auszusprechen, die von der deutschen Regierung wegen der Kohlen- und Holzlieferungen gemacht worden sind. Die Reparationskommission behält sich das Recht vor, Maßnahmen zu fordern, die von der deutschen Regierung gemachten Anträgen entsprechen, falls in der Zukunft die Kohlen- und Holzlieferungen nicht befriedigend ausgeführt werden sollten. Nachdem die Reparationskommission die Bitte wegen des Moratoriums vom 12. Juli geprüft und die Tatsache zur Kenntnis genommen hatte, daß Deutschland seine inneren und auswärtigen Kredite verloren hat und daß die Mark ständig bis auf das Vielfache unter den normalen Wert herabgegangen ist, beschloß sie, ihre Entscheidung über die Bitte der deutschen Regierung zu vertagen, bis die Reparationskommission ihren Beschluß wegen einer Finanzreform ergänzt hat, die sich bezieht:

- 1) auf die Herstellung des Gleichgewichts im deutschen Budget,
- 2) auf die Verminderung der deutschen auswärtigen Verpflichtungen, so weit diese für die Wiederherstellung des deutschen Kredites notwendig ist; diese Maßnahmen sollen beginnen, wenn alle in der Reparationskommission vertretenen Mächte ihre Zustimmung geben,
- 3) auf Währungsreformen,
- 4) auf Ausgabe einer auswärtigen und inneren Anleihe, um die deutsche Finanzlage zu bessern.

Um für die Vorbereitung und Durchführung dieser Maßnahmen die notwendige Zeit zu geben, stimmt die Reparationskommission zu, daß die deutschen Fälligkeiten vom 15. August und 15. September und, wenn in der Zwischenzeit keine anderen Vereinbarungen getroffen werden, auch die späteren Zahlungen zwischen dem 15. Oktober und dem 31. Dezember 1922 durch sechs monatliche Wechsel gedeckt werden sollen, die in Gold zahlbar sind und in einer Weise garantiert werden sollen, die zwischen der deutschen und belgischen Regierung vereinbart werden soll. Falls solche Abmachungen nicht zustande kämen, soll der entsprechende Betrag in Gold in einer von der belgischen Regierung bestimmten Bank hinterlegt werden.

Paris, 31. August. Frankreich und Belgien stimmten in der Reparationskommission gegen die Gewährung eines Moratoriums an Deutschland. England stimmte dafür. Italien enthielt sich der Abstimmung.

Wie unser Pariser Sonderberichterstatter meldet, hat der Abstimmungsprozess sich folgendermaßen gestaltet:

Der deutsche Antrag auf Gewährung des Moratoriums wurde mit zwei gegen zwei Stimmen abgelehnt, der Antrag auf Gewährung eines Moratoriums und Einführung einer strengen Finanzkontrolle wurde mit drei Stimmen gegen eine abgelehnt. Einkimmig angenommen wurde der belgische Vorschlag, wonach die nächsten Zahlungsfälligkeiten bis Ende 1922 durch Schecks der deutschen Regierung gedeckt werden sollen.

Die Fraktionsführer beim Reichskanzler.

Berlin, 31. August. Der Reichskanzler empfing heute nachmittag im Beisein der sämtlichen in Berlin anwesenden Reichsminister die Führer der Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der unabhängigen Sozialdemokraten, um sie über die außenpolitische Lage und insbesondere über die Verhandlungen zu unterrichten, die in Berlin zwischen der Reichsregierung und Mitgliedern der Reparationskommission geführt worden sind. Im Anschluß an den Vortrag des Reichskanzlers machten die Minister Schmidt und Braun ergänzende Mitteilungen. Nach kurzer Aussprache wurde, da abschließende Ergebnisse aus Paris noch nicht vorlagen, die Fortsetzung der Besprechung auf morgen vertagt.

Der Reichswirtschaftsrat zur Marktentwertung.

Berlin, 31. August. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat eine Entscheidung betreffend die Ursachen und Folgen des Wertes der deutschen Währung und die zu seiner Bekämpfung anzuwendenden Mittel einstimmig angenommen. Es heißt darin:

Die Hauptursache des Zusammenbruchs der Marktwährung ist die immer wieder erneute Verzögerung einer der Zahlungsfähigkeit Deutschlands angemessenen Regelung der Reparationsfrage mit ihren wirtschaftlichen und politischen Folgen. Es ist für Deutschland unmöglich, mit keiner durch den

Verfallener Friedensvertrag so stark geschwächten Wirtschaftskraft die Passivität seiner Zahlungsbilanz zu überwinden und gleichzeitig außerordentlich hohe Leistungen an das Ausland auszuführen. Diese Auffassung wird gestützt durch den Beschluß der Konferenz von Genéva über die Finanzfrage. Es wird außerdem an die Entscheidung der Pariser Bankierskonferenz vom Juni 1922 erinnert, die ohne jeden Vorbehalt erklärte, daß die Stabilisierung der Währung ohne entsprechende Maßnahmen der Reparationszahlungen und anderer öffentlicher Schulden unmöglich ist.

Nachdrücklich und feierlich erhebt der Ausschuß, in dem alle Kreise der deutschen Wirtschaft, Unternehmer und Arbeiter vertreten sind, gegen die Behauptung Einspruch, die Marktentwertung sei durch Maßnahmen der Regierung oder durch das Verhalten maßgebender Wirtschaftskreise bewirkt herbeigeführt worden. Galt der Währungsverfall an, so bedrohen Arbeitslosigkeit und Nahrungsmittelnot in großem Maßstabe das deutsche Volk. Das rapide Steigen der auswärtigen Wechselkurse macht die Versorgung Deutschlands mit den zur Aufrechterhaltung der industriellen Tätigkeit notwendigen Rohstoffen und zur Befriedigung der städtischen Bevölkerung unbedingt erforderlichen Nahrungsmitteln immer schwieriger.

Die Mittel zur Beilegung der erkrankten deutschen Volkswirtschaft müssen den Wirtschaftskräften entgegengebracht werden. Voraussetzung für das Gelingen aller Maßnahmen zur Festigung des Marktkurses ist der Aufschub der Verzinsungen und Anpassung von Menge und Art der Sachlieferungen an die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie der deutschen Zahlungsbilanz. Das Moratorium soll durch Wiederherstellung des deutschen Kredits eine internationale Anleihe an Deutschland ermöglichen als nach Meinung der internationalen Sachverständigen-Konferenz und der internationalen Bankwelt unerlässliche Voraussetzung zur endgültigen Lösung des deutschen Währungsproblems und der Reparationsanfragen.

Im einzelnen scheinen folgende Maßnahmen geeignet, von innen heraus die deutsche Währung zu kräftigen, wenn äußere Hilfeleistung damit Hand in Hand geht:

Als Deckung des Bedarfs und zweckmäßigste Verwendung der erntefördernden Maßnahmen werden empfohlen: Unterstützung der Exporte, durch Lieferungsverträge zwischen Erzeugern und unmittelbaren Verbrauchern sowie deren Organisationen, die Kartellversorgung zu erleichtern und zu verbilligen, Fernhalten aller überflüssigen Zwischenglieder, wie Anläufer von Gemeinden, Werken, Betriebsräten, vom Kartellmarkt. Der Verbrauch ist so zu beeinflussen, daß weniger lebensnotwendige oder gar überflüssige Verbrauchsgüter erst Berücksichtigung finden, wenn die elementaren Bedürfnisse befriedigt sind. Mit stärksten Mitteln ist aller überflüssiger Luxuskonsum zu unterdrücken. Der Ausschluß von Schnaps und Champagner in öffentlichen Lokalen sollte sofort verboten werden. Die beschämend hohe Zahl der Liquiditäten, Wars, Dienen und Schleimergastuben ist durch zweckentsprechende Besteuerung, durch stärkere Handhabung der Konzeptionserteilung und -entziehung, gegebenenfalls auch durch Verbrauchsbestimmungen herabzudrücken.

Wie der innere Verbrauch, so ist auch der Ein- und Ausfuhrhandel unter den Grundrissen zu stellen, daß aller erhebliche Konsum zu verhindern ist. Von der Steuererhebung ist größere Einfachheit und Übersichtlichkeit zu verlangen. Sie ist außerdem von der hohen Last der übertriebenen hohen Verwaltungsaufgaben zu befreien. Der Ausschuß weist darauf hin, daß gleichzeitig größte Sparsamkeit im Reichshaushalt durch Überführung unproduktiver Prämien zu produktiver Arbeitsleistung eine Beseitigung des Defizits in den Staatsbetrieben erreicht werden muß.

Alle handels- und finanzwirtschaftlichen Maßnahmen zur Aufhaltung des Währungsverfalls müssen wirksamlos bleiben, wenn sie nicht von energischen Anstrengungen begleitet werden, den Kern des Übels, soweit dieses innerwirtschaftlicher Natur ist, zu beseitigen, nämlich den allzu geringen Betrag der deutschen Produktion auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens. Kein Vorurteil, kein Profilitere, kein politischer und kein wirtschaftlicher Glaubenssatz darf uns höher stehen, als die Notwendigkeit, durch erhöhte Arbeitsleistungen Volk und Heimat vor dem Verfall in Elend, Unkultur und Verflämung zu retten.

Neue Steigerung der Kohlenpreise.

Berlin, 31. August. Nachdem für den Bergbau in der vorigen Woche Lohnerhöhungen festgesetzt worden sind, welche die bisherigen Löhne der Bergarbeiter vom 1. September in manchen Bezirken mehr als verdoppeln, haben der Reichskohlenverband und der große Ausschuß des Reichskohlenrats in der Sitzung vom 30. August für alle Bergbezirke erhebliche Preissteigerungen beschlossen. Es war notwendig, für die Abgeltung der Materialkosten einen höheren Betrag als bisher einzusetzen. Auch ist eine Verdreifachung der im Kohlenreife enthaltenen Beträge für den Bau von Bergarbeiterwohnungen notwendig geworden, die den Treuhändergesellschaften in bescheidenem Umfang die Fertigstellung bereits begonnener Wohnungsbauten ermöglichen. Die Verkaufspreise ab Wert je Tonne sind wie folgt erhöht: Westfälische Steinkohle durchschnittlich um 2975 M., sächsisch-Steinkohle durchschnittlich um 4096 M., mitteldeutsche und ostelbische Braunkohle um 732 M., mitteldeutsche und ostelbische Braunkohle-Brickens um 2234 M., rheinische Braunkohlen um rund 400 M., rheinische Braunkohlen-Brickens um 1440 M.

Enteignung des Großgrundbesitzes und Wälderverstaatlichung in der Tschechoslowakei.

Von Rudolf Graf Czernin-Morzin.

Durch das Beschlagnahmegezet vom 16. April 1919 wurde der Großgrundbesitz in der Tschechoslowakei vor eine ungewisse Zukunft gestellt und blieb drei Jahre lang Gegenstand der Angriffe von Seiten der Prager Regierung und der tschechischen Parteien. Durch den Appell an die wirtschaftliche Vernunft und das Rechtsgefühl vermochte er ihnen nur eine beschränkte Abwehr entgegenzusetzen. Mit mutwillig über ihn verhängten Zwangsverwaltung, allerhand wirtschaftlichen Schikanen und eigens auf ihn zugeschnittenen Spezialaufträgen drangsaliiert, wurde der Großgrundbesitz einer beutegerigeren Menge als Opfer einer angeblichen Bodenreform hingeworfen, mit welcher tatsächlich keineswegs die Ziele einer gerechten Bodenverteilung, sondern rein tschechisch-nationalistische Absichten verfolgt, bolschewistische Gelüste erweckt und bei den Besitzern jede Schaffensfreudigkeit erstickt wurde.

Alle Aktionen, erst die Überführung der Kleinparzellen in das Eigentum der langjährigen Grundpächter, dann die vom tschechoslowakischen Bodenamt vorgenommenen Aufteilungen landwirtschaftlicher Großbetriebe unter die oft künstlich aufgetackelte Bevölkerung und unter die eine Dankesforderung an die Regierung präsentierenden Legionäre waren in wirtschaftlicher Beziehung zumeist von einem glänzenden Mißerfolge begleitet. Nun versucht man in neuester Zeit, den demagogischen Bodengezetz eine gewalttätige Deutung in dem Sinne zu geben, daß sie sich auch zur Überführung von Privatwäldern in den Staatsbesitz gebrauchen lassen. Damit trat die bodenpolitische Seite der ganzen Aktion in den Vordergrund, und der nationale Chauvinismus gelangte zur Herrschaft. Sogar strategische Momente wurden für die Verstaatlichung der ausgedehnten Wälder in den Grenzgebieten der Tschechoslowakei hervorgeholt. Die Tatsache, daß es sich hier um das ureigenste Siedlungsgebiet der Deutschen, vor allem um die Waldgebiete der Sudeten, des Riesens, und des Erzgebirges und des Böhmerwaldes handelt, rückt die „strategischen Ziele“ des tschechischen Volkes ins rechte Licht. Waren doch schon deutsche Wälder von Gastwirtschaften in diesen der deutschen Touristik wohlbekannten Gebieten durch die staatlichen Behörden zugunsten von zugewanderten tschechischen Bewerbern vertrieben worden. Und nun sollte nach einem systematischen Pläne die gesamte Verwaltung der munterhaft bewirtschafteten, der angelesenen deutschen Bevölkerung Erwerb und Rückhalt bietenden deutschen Grenzzone in tschechische Hände übergeleitet werden. Die Verdrängung des deutschen Elementes aus der Beamten- und Arbeiterkaste, aus Amt und Schule muß die weitere Folge sein.

Gegen die mit Hybris offen bekannten Enteignungsabsichten der Regierung erhob sich unter allen betroffenen Kreisen, den Besitzern, den Angestellten und der Bevölkerung, ein einmütiger Schrei der Empörung. Dieser schien auch über die Grenzen der Tschechoslowakei gedrungen zu sein. Das Ausland, obgleich selbst durch schwere Sorgen niedergedrückt, schenkte einen Augenblick auf den pseudolegalen Bolschewismus der Tschechoslowakei aufzumerken. Es war dies gerade um dieselbe Zeit, als die tschechische Republik in England um Kredit warb. Damals wurde vom Gradstein aus eine Nachricht lanciert, welche in den bedrohten Kreisen eine gewisse Beruhigung hervorbrufen sollte: Der Minister hat, vom Präsidenten der Republik beeinflusst, die Entscheidung der Frage der Wälderverstaatlichung einem späteren Zeitpunkte vorbehalten. Optimisten wollten hierin schon ein gänzlichem Falllassen des Planes erblicken.

Die Optimisten behielten Recht. Zwei verächtlichen es sogar prominente Mitglieder der Regierung nicht, herabigende Erklärungen abzugeben; von oberster Stelle aus wurde an die Deutschen und Großgrundbesitzer die Aufforderung gerichtet, sich loyal auf den Boden des Staates zu stellen, was doch Gegenfeitigkeit zur Voraussetzung hätte; eine Abwehr wurde als unflug und unpatriotisch gerügt. Ganz überraschend wurde dann gegen Ende Juni der vom Ministerate beschlossene Plan der Wälderverstaatlichung bekannt, und in rascher Nacheinanderfolge gelangten die gerichtlichen Kündigungen in die Hände der Besitzer.

Mindestens die Hälfte des Gesamtumfangs aller Privatwälder in der Tschechoslowakei — man sprach von über einer Million Hektar — wurde für die Verstaatlichung in Aussicht genommen. Davon sollen im ersten Anlauf, und zwar mit Beginn des Jahres 1923, nicht weniger als 42 Großgrundbesitze im Ausmaß von rund 300 000 Hektar ihren 37 Besitzern weggenommen werden. Von diesen sind drei Tschechen, einer Madjar, einer Pole, die übrigen 32 sind Deutsche. Es handelt sich durchwegs um Waldherrschaften in den Grenzgebieten, von den außer zwei großen Objekten in den slowakischen Karpaten alle übrigen die deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen und Mähren betreffen, welche an Preußisch-Schlesien, Sachsen, Bayern und Österreich grenzen. Die von diesem ersten Plane vorläufig noch verschonten Wälder wird man im Falle des Gelingens der Aktion ohne Zweifel demnächst zu schließen versuchen. Damit wäre der deutsche Ring, der die tschechische Landesmitte umschließt, gesprengt und die Verbindung der tschechoslowakischen Deutschen, insoweit sich deren Zahl bis dahin nicht ohnedies durch alle Mittel der Unterdrückung verringert haben wird, mit den deutschen Stammesgenossen unterbrochen.

Die Enteignung des Großgrundbesitzes und insbesondere die gegenwärtig aktuell gewordenen Verstaatlichung der Privatwälder ist ein Gewaltakt der gleichen in der Geschichte sucht. Sie stützt sich auf Scheingese, welche von einem zur Gesetzgebung inkompetenten Revolutionsfontent erlassen wurden und in das Naturrecht des Privateigentums eine Drecke schlugen. Die sozialpolitische und die volkswirt-

schaffliche Begründung der Aktion sind nur ein Vorwand für die Befriedigung der niedrigsten Triebe. Jeder 250 Sektar überschreitende Grundbesitz gilt als vom Staate beschlagnahmt und kann durch das mit diktatorischen Gewalten ausgestattete Vodenamt ohne weitere Begründung jederzeit weggenommen werden. Jahrhunderte lang im rechtmäßigen Eigentum einer Familie stehende Güter, welche die Besitzer mit Liebe bewirtschaftet und den Nachkommen wie der Gesamtheit zum Vorteile vererbt haben, wahre Angehörige der Volkswirtschaft, sie werden den Besitzern halbjährig aufgekündigt und diese samt ihren Familien gleich Verbrechern mit Konfiskation und Verbannung bestraft. An Stelle der privaten soll eine staatliche Verwaltung treten, von deren Unproduktivität man sich hinlänglich zu überzeugen Gelegenheit gehabt hat.

Und die Rechtfertigung für einen solchen, Regierungsakt? Es soll wieder gut gemacht werden, was Kaiser Ferdinand II. vor 300 Jahren verbrochen habe, als er im Jahre 1621 nach der Schlacht am Weißen Berge einer Anzahl tschechischer Herren ihre Besitztümer konfiszierte und ihm treu ergebenen Anhängern verließ. Als „Retorsion“ hierfür denkt man sich im 20. Jahrhundert die generelle Wegnahme des gesamten Grundbesitzes ohne jegliches Strafverfahren, bloß im administrativen Wege, teils ganz ohne Entschädigung, teils gegen eine Entschädigung, welche nur einen geringen Bruchteil des heutigen wahren Wertes, und zwar in Form einer Rente ausmacht, daher also unter allen Umständen einer Vermögenskonfiskation gleichkommt. Enteignung aus öffentlichen Rücksichten ist nach allen Rechtsordnungen möglich. Aber es muß ihr stets ein Verfahren zur Ermittlung der vollen Schadloshaltung des Besitzers vorhergehen.

Was die Wortführer der Tschechoslowakei in ihrem blinden Haß gegen das Deutschtum und das alte Österreich ausgeflüßelt haben, ist nacker Raub. Die beabsichtigte Übernahme der deutschen Grenzgebirge durch den tschechoslowakischen Staat ist bisher das schlimmste Attentat gegen den deutschen Volkstand. In dieser Frage haben sich alle politischen Parteien der Deutschen solidarisch erklärt. Vereint, bereiten sie sich zu einem Widerkampfe vor, der darüber entscheiden wird, ob es für die drei und eine halbe Million Deutsche im Staate wirklich kein Mittel geben sollte, sich der Bergewaltigung durch sechs Millionen Tschechen zu entziehen.

Bayern und der Schutz der Republik.

* Das offizielle Wolffbüro veröffentlicht jetzt einen Brief, den der Reichskanzler am 20. August an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld gerichtet hat und der die Stellungnahme des Reiches zu den bayerischen Wünschen betreffend den Staatsgerichtshof behandelt. Darin heißt es u. a.:

Der Wunsch nach Errichtung eines bayerischen Senats hat sich schon bei früheren Verhandlungen als für die Reichsregierung unannehmbar herausgestellt, jedoch wiederhole ich gern die Zusage, daß die Ernennung der Mitglieder des für Süddeutschland bestimmten Senats nach Benehmen mit den beteiligten Landesregierungen erfolgen, und daß ihm drei bayerische Richter und eine entsprechende Zahl bayerischer Reichsgerichtsräte angehören werden. Die Möglichkeit, daß die Sitzungen des Senats in einer süddeutschen Stadt stattfinden, ist gegeben. Der Reichspräsident hat für Fälle des Begnadigungsrechtes, in denen die Zuständigkeit des für Süddeutschland bestimmten Senats gegeben ist, Fühlungnahme mit der betreffenden Landesregierung in Aussicht gestellt. Es besteht kein Bedenken, einen bayerischen Beamten nach der üblichen Fühlung mit der bayerischen Regierung zur Reichsanwaltschaft einzuweisen und diesen als Referenten des Oberreichsanwalts für bayerische Sachen zu bestellen. Ganze Gebiete, insbesondere grundsätzlich alle Bezirke, von der Erhebung durch den Staatsgerichtshof auszuscheiden, würde dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufen. Die gewünschte Berücksichtigung der bayerischen Gesichtspunkte bei der Frage der Aburteilung durch den Staatsgerichtshof oder der Überweisung an die Länder kann schon durch Maßnahmen der bayerischen Regierung gewährleistet werden. Ich habe keine Bedenken, wenn die bayerischen Staatsanwaltschaften von der bayerischen Regierung angewiesen werden, bei Bearbeitung der Sachen

New-York, 31. August. (Zuntdienst.) Wechsel auf Berlin Schluszkurs 100 Mark = 0,00% (0,07 1/4) Dollar. Das bedeutet umgerechnet ein Dollar gleich 1568,627 (1379,310) Mark.

sich gegenüber dem Oberreichsanwalt darüber zu äußern, ob sich die Überweisung an die Landesbehörden empfiehlt, ohne daß jedoch durch dieses Verfahren eine Verzögerung entstehen darf. Diese Äußerungen werden vom Oberreichsanwalt bei der Prüfung sachgemäß berücksichtigt werden.

Zum Reichskriminal- und Polizeigesetz wird eine genaue Umschreibung der Begriffe: „Gefahr im Verzuge“ und „dringendstes Interesse des ganzen Reiches“ gewünscht. Dazu erkläre ich folgendes: „Gefahr im Verzuge“ ist überall da vorhanden, wo ein Aufschub der betreffenden Handlung, deren Vornahme überhaupt vereiteln oder doch die Erreichung ihres Zweckes irgendwie gefährden könnte. „Dringendstes Interesse des ganzen Reiches“ ist gegeben, wenn es sich um strafbare Tatbestände von ganz besonderer Wichtigkeit handelt, bei denen die Anstellung sofortiger Ermittlungen durch eigene Vollzugsbeamte für das ganze Reich von größter Bedeutung ist. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches und die Staatspersönlichkeit und die Hoheitsrechte der Länder sind bereits im Protokoll vom 11. August anerkannt.

Geldmittelnappheit und Banknotenpresse.

§§ Bei verschiedenen Banken Berlins kam es am Donnerstag zu erregten Szenen, da Bankkunden, die aus Anlaß des Monatsendes größere Geldbeträge für Gehalts- und Lohnzahlungen abheben wollten, nur einen geringen Teil der von ihnen geforderten Summen ausbezahlt erhielten mit der Begründung, daß eine starke Geldmittelnappheit herrsche, unter der auch die Banken zu leiden hätten, so daß sie den Forderungen ihrer Kunden nicht voll entsprechen könnten. Es waren auch Gerüchte verbreitet, daß die Reichsbank, besonders in jenen Gebieten, die vor der Gefahr einer militärischen Besetzung stehen, nur geringe Geldsummen deponiert hätte. Der täglich wachsende Bedarf an Papiermark hat dazu geführt, daß die Reichsbank zurzeit täglich 2,2 Milliarden Papiermark herstellen läßt. Die Banknotenpresse arbeitet jetzt auch schon am Sonntag. Es werden nunmehr Anstrengungen gemacht, um die Banknotendrucke in die Lage zu versetzen, vom 15. September ab täglich 3 Milliarden Papiermark herzustellen.

Deutscher Protest gegen die Amtsenthebung Dr. Momms.

Berlin, 31. August. Der Reichs- und Staatskommissar für die besetzten Gebiete, Fürst Hatzfeldt-Wildenburg, hat, wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, wegen der Amtsenthebung des Wiesbadener Regierungspräsidenten Dr. Momms einen Protest an den Vorsitzenden der interalliierten Rheinlandkommission gerichtet. Er weist darauf hin, daß die Wiesbadener Vorgänge vom 4. Juli, derenwegen Momms sich übrigens auf Auforderung umfassend gerechtfertigt hat, in der Begründung der Amtsenthebung seitens der Rheinlandkommission überhaupt nicht erwähnt werden, und daß die zur Begründung aufgestellte Behauptung, Momms Persönlichkeit sei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der guten Beziehungen zwischen den alliierten und den deutschen Dienststellen schädlich, weder belegt wurde, noch auch irgendwie belegt werden konnte. Ebenso wie jeder tatsächliche, entehrende die Maßregelung aber auch jeder rechtlichen Grundlage. Sie widerspreche nicht nur der Vorchrift des Rheinlandabkommens, indem sie Momms weder vorher mitgeteilt, noch ihm Gelegenheit zur Verteidigung gegeben wurde, sondern sie greife auch insofern in die deutschen und preussischen Hoheitsrechte ein, als keinerlei Gefährdung der Sicherheit der Besatzungstruppen durch Momms nachgewiesen werden könne.

Italiens Hilfe für Oesterreich.

Rom, 31. August. Nach einer Meldung der Agenzia Stefani ist bei der heutigen Unterbrechung des italienischen Schahminister mit dem österreichischen Delegierten Dr. Schüller über die Ausführung des Gesetzes betreffs des italienischen Bei-

trages zu dem Oesterreich zu gewährenden Kredite eine grundsätzliche Einigung erzielt worden. Der Schahminister verweist Dr. Schüller an den Generaldirektor des Schahamtes, Conte Roffini, damit dieser die erforderlichen Maßnahmen ins Werk setze.

Im übrigen vervollständigte Dr. Schüller seine Darlegungen über die wirtschaftliche und die finanzielle Lage Oesterreichs und gab die vom Schahminister verlangten Aufklärungen. Dieser wird nun das ihm von Dr. Schüller unterbreitete Material mit den zuständigen Kollegen prüfen, um es dann dem Ministerrat vorzulegen. Vor der Abreise aus Rom wird Schüller mit dem Generaldirektor der Bille, Lucielli, und dem Generaldirektor des auswärtigen Handels, Binola, eine Unterredung haben, um die durch die italienische Ministerkrisis unterbrochenen Handelsbesprechungen wieder anzuknüpfen.

Enver Pascha, Herr in Zentralasien.

Paris, 30. August. Die Agence Havas meldet aus Buchara Einzelheiten über die Vorgänge in Zentralasien. Danach wurde Enver Pascha, der den Oberbefehl über die aufständischen Truppen übernommen hat, im Mai dieses Jahres von den Deputierten zum Emir von Buchara ernannt. Infolge seiner Popularität ist es ihm gelungen, den Anschluß der gesamten Bevölkerung an die nationale Regierung aufzuheben zu bringen. Nach den letzten Wahlen schloß sich ein anderer revolutionärer Führer, Mir Schir Mohammed Wei, mit einer Armee von 80 000 Mann Enver Pascha an, dessen Heer nunmehr 150 000 wohl-ausgerüstete bewaffnete Leute umfaßt. Nachdem Sowjetrußland infolge des Ultimatus Enver Paschas die Unabhängigkeit des neuen Staates anerkannt hat, wird nunmehr die Grenze des unabhängigen Turkestans durch Chinesisch-Turkestan im Osten, Afghanistan und Persien im Süden und die russischen Provinzen am Kaspiischen Meer im Westen gebildet. Im Norden verläuft die Grenze parallel mit dem Aral-See und umfaßt die Städte Buchara und Samarkand.

Verchiedene Mitteilungen.

§§ Reichsfinanzminister Dr. Hermes wird, wie es heißt, nach dem Abschlusse der Pariser Verhandlungen auf dringendes Anraten seines Arztes hin einen längeren Urlaub antreten.

§§ Die Seite gegen die Reichswehr und den Reichswehrminister Dr. Geiser wird von den Linksrädikalen jetzt mit besonderem Eifer betrieben. Die Reichstagsfraktion der unabhängigen Sozialdemokratie hat an den Reichstagspräsidenten den Antrag gerichtet, den zur Untersuchung gegen den Reichswehrminister Dr. Geiser eingesetzten Ausschuss einzuberufen. Der Reichstagspräsident hat der Fraktion erklärt, daß er nicht die zuständige Stelle sei, auch das Reichswehrministerium habe keine Entscheidung über eine Berufung vielmehr müsse sich die Fraktion an den Vorsitzenden des Ausschusses wenden, der sich ja bereits konstituiert habe.

§§ Die Einigungsverhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und den Unabhängigen sind im Fortschreiten begriffen. Die unabhängige Sozialdemokratie hat sich entschlossen, mit Rücksicht auf die Verhältnisse ihren Parteitag, der auf den 1. Oktober angesetzt war, auf den 20. September vorzubereiten. Der unabhängige Parteitag findet in Gera statt. Auf seiner Tagesordnung steht als besonderer Punkt „Einigung des Proletariats“. Wenn die beiden Parteitage in den politischen Fragen und in der Frage der Einigung des sozialistischen Proletariats zu übereinstimmenden Beschlüssen kommen, dann soll die Möglichkeit gegeben sein, daß am Sonntag, den 24. September eine gemeinsame Tagung beider Parteien stattfindet, als deren Ort Nürnberg in Aussicht genommen ist.

§§ Die Wiedereröffnung von überfluteten Bergbau wird von den Linksrädikalen zur Seite gegen den Bergarbeiterverband ausgerufen. In vielen Gebieten des Ruhrgebietes sind Bergbauarbeiten erloschen, in denen die Arbeiterschaft zur Sabotierung der Maßnahmen aufgefordert wird.

§§ Der drahtlose Telefonverkehr nach, wie bekannt, in ganz Deutschland in den nächsten Tagen allgemein eingeführt werden.

— Zu Lebensmittelanrufen kam es am Donnerstag auf dem Neudöbler Wochenmarkt. Die Menge wurde durch die großen von Stunde zu Stunde wachsenden Preisunterstöße für ein und dieselbe Ware so erregt, daß sie zahlreiche Stände stürzte, umwarf und die Waren zertrat. Erst größeres Polizeigebot konnte die Menge verdrängen und den Markt schließen.

— Parlamentarier, der Direktor im französischen Finanzministerium ist aus Amerika zurückgekehrt. Er hatete sofort dem Finanzminister einen Besuch ab.

W. Hasenclevers „Jenseits“ im Lobetheater.

Begonnen hat Walter Hasenclever seine literarische Laufbahn als Revolutionär. Wie Schillers „Münchener“, so richtete sich auch sein ungedruckt gebliebenes Drama „Der Sohn“ in tyrannisch überhaup, und es fehlte nicht an Stimmen, die den jungen Rheinländer von 1918 auch sonst mit dem jungen Schwaben von 1781 verglichen. Während des Krieges und nachher schmelzte dann der Dichter in demokratischen Hochgefühlen, Pazifismus, Republikanismus, Völkerverständigung. In seinem Gedicht „Jaurès“ Anfertigung“ delaminiert er:

„Soldaten Europas, Bürger Europas!
Hört die Stimme, die euch Bruder heißt.
Stürzt hin, Militärs! Beugt euren Scheitel.
Stoßt, Bergwerke, den mädrerischen Nag.
Ihr Fürsten auf Thronen
Stiegt nieder,
Weint am Fingel der Toten;
Friede, Versöhnung bricht an.“

Wie sie angebrochen sind, was aus den revolutionären Versprechungen in Wirklichkeit geworden ist, haben wir ja gesehen. Hasenclever selber konnte sich solcher Erkenntnis nicht verschließen und in seinem Lustspiel „Die Entscheidung“, worin moderne Regiererei und modernes Scheitern an der Pranger gestellt werden, rüde er von den Idealen des Mobs deutlich ab. Dafür warf sich der Enttäuschte der Metaphysik in die Arme und hing sich, dem Zug der Zeit folgend, ans Übernatürliche. So entstand das fünftaktige Drama „Jenseits“, dessen heftige Gestaltung durch Mitwirkung des Dresdener Stadttheaters wir am Mittwoch im Lobetheater erleben.

Das Personenverzeichnis weist nur zwei Namen auf: Raul und Jeane. Jeane sitzt, wenn der Vorhang aufgeht, am Fenster und denkt an ihren innig geliebten Mann, der in die Stadt gefahren ist, wo er als Direktor in einem Bergwerk arbeitet. Raul tritt ein fremder Mann, Raul, in ihr Zimmer. Erzählt, daß er ein Freund ihres Mannes, ihm seelisch selbst am nächsten sei und soeben ein beängstigendes Gesicht gehabt habe, das ihn wie durch höhere Gewalt in ihr Haus führte. So waren beide auf die Mißliebe des Gatten. Aber statt seiner kommt die telephonische Meldung, im Schacht habe sich ein Unglück ereignet. Anscheinend entseelt stürzt Jeane zu Boden. Gleich darauf gibt sie sich, gänzlich verwirrt, dem Freunde hin, die Trauer um den Gatten noch weit schneller vergessend als die berühmte Witwe von Ephesus des Petronius. Über dem folgenden Zusammenleben der beiden schwebt jedoch kein guter Geist, sondern ein ziemlich bössartiger, der Geist des Verunglückten nämlich. Der melde sich in kritischen Momenten jeweils durch Klopfen an, erschreckt die Verstorbenen durch allerlei Gesichte, gibt ihnen auf medialen Weg Nachrichten und erfüllt das ganze Haus mit Gespenstern. Darüber verliert Raul die Nerven und mit einem Revolver, den ihm der Ber-

thene fogsagen in die Hand gedrückt hat, schießt er auf Jeane. Diese brennt jetzt, daß sie ein Kind unterm Herzen trage, ein Kind ihres Mannes, der in ihm fortleben werde. Der eifersüchtige Raul stürzt fort, um bei seiner Rückkehr Jeane zu erstechen. Verse und Musik klingen in dieser Schlussszene auf. Zuletzt schreit Raul nach Erlösung und prompt fällt bengalischer Rauch auf ihn, der sich nunmehr als den Verzeihen preist. . . .

In einer Art von Kommentar zu dem Drama, dem Wortwort zu seinem ähnlich gearteten Schauspiel „Die Menschen“, erklärt Hasenclever, die Absicht des Stückes sei, die Welt der Lebenden mit der Welt der Toten zu verbinden. Er frage nicht danach, ob der Zuschauer am Ende der Aufführung die Vorgänge auf der Bühne verstanden habe, der Sinn der Kunst sei nämlich der, zu erschüttern. Wenn ihm letzteres bei manchen Hörern gelungen ist, so lag dies wohl weniger an der geistigen Tiefe seiner Dichtung (sie ist meistens Antife) als an ihrer eigentümlichen Technik, dem Hin und Her der auch innerhalb der einzelnen Akte stets wechselnden Szenenpläne, dem unermittelten Aufsteigen der einzelnen Szenen aus dem Dunkel (Spielleiter Bernhard Wierstel) und ihrer oft raffinierten Beleuchtung. Das vielleicht noch mehr an der sehr strömungsstollen Darstellung durch die Dresdener Gäste. Herrn W. B. F. J. kennen wir ja in Breslau von seiner Tätigkeit am Lobetheater und auch später konnten wir ihn als Gast hier begrüßen. Er stellt seinen Raul ganz aufs Unnatürliche, Mythische, Symbolische und bleibt dieser — wohl richtigen — Auffassung bis zum Ende treu, mit seiner echten Kunst dem Dichter über sein fallisches Pathos oft genug hinwegzuhelfen. In Prof. Alice Verdens Stimme dagegen schwingt etwas überaus Frauenlich-Menschliches, ihre Jeane steht dem Leben viel näher, sie ist sich ihrer Schönheit bewußt und wenn sie, vor ihrer Einmordung um Schonung bittet, so bekommt sie etwas vom lächelnden Zug der Desdemona, die den rasenden Othello ansieht: „Töte mich morgen, laß mich heut noch leben!“

Das Publikum nahm die ersten vier Akte schweigend an. Nach dem letzten rief der laute Beifall mit den beiden Darstellern auch den anwesenden Dichter wiederholt vor den Vorhang.

Adolf Danneberger.

Philipp Godel und die Schillerstiftung.

Bürsch, Ende August 1924.

Der Deutschenhaß hat während des Krieges in der Westschweiz die fowerbersten Blüten getrieben. Die Presse der welschen Schweiz, allen voran die „Gazette de Lausanne“ und das „Journal de Genève“, blieb in ihren Faggefühlen gegen Deutschland und das deutsche Volk in keiner Weise hinter den Wittern Frankreichs zurück. Die „Gazette de Lausanne“ erklärte einmal wörtlich, die drei Krebsgeschäden des Kantons Tessin seien die Prozeßstadt, die Politik und die Deutschen. Für ihre deutschfeindliche Tätigkeit erzielten verschiedene Redakteure der Lausanner und Genfer Zei-

tungen den Orden der Ehrenlegion. Zu den bekanntesten Mitarbeitern der „Gazette de Lausanne“ gehört der Neuenburger Professor Philipp Godel, der keine Gelegenheit verläßt, seine Abneigung gegen die Hochs und Barbaren auszudrücken. Vor kurzem ging nun die überraschende Nachricht durch die Blätter, daß dieser Herr Philipp Godel aus der schweizerischen Schillerstiftung eine Gabe von 5000 Franken erhielt für seine hervorragende Tätigkeit zugunsten der französischen Sprache und Literatur in der welschen Schweiz. Die Nachricht schien so ungläublich, daß die „Wolfsche Ztg.“ schrieb, Godel habe die Ehre gabe für seine Verdienste um die deutsche Sprache in der französischen Schweiz erhalten.

Vor dem Satze hat ein deutscher Zigarrenfabrikant eine besondere Marke in den Handel gebracht, die Poinears-Zigarre. Die Verherrlichung Napoleons in deutschen Landen ging soweit, daß eine deutsche Napoleongesellschaft gegründet wurde. Die Größe der Persönlichkeit Napoleons in militärischer und politischer Hinsicht soll nicht bestritten werden, man sollte aber meinen, daß die Deutschen alle Ursache hätten, die Gründung von Napoleongesellschaften andern zu überlassen, denn Napoleon hat alles Deutsche von Grund aus gehaßt und verachtet und auf das Schlimmste mißbraucht. Ob es wohl den Franzosen jemals einfallen wird, eine Bismarckgesellschaft zu gründen? Das ausgerechnet die Schillerstiftung einen welschen Schriftsteller auszeichnen muß, ist zwar ungläublich, aber eher deutsch. Die Sache wird selbst schweizerischen Zeitungen so stark und die „Zürcher Post“, die auf die Tätigkeit des Herrn Godel für seine welsche Muttersprache hinweist, schreibt dazu: „Was hat die Schillerstiftung mit den Bestrebungen (Godels) für die französische Sprache und Literatur zu tun? Schiller war doch nicht Mitglied der französischen Akademie, deren Geschäftsführer in der Schweiz sozusagen Herr Godel ist! Soviel wir wissen, trägt die Schillerstiftung ihren Namen zum Gedächtnis eines Großen im deutschen Sprachgebiete, für die französische Literatur hat Schiller, soweit wir berichtet sind, nichts geleistet. Wenn die Stiftung ihrem Namen und ihrem Patron, dem Geist, dem sie geweiht ist, treu bleiben will, — so hat sie das deutsche Schrifttum, die deutsche Sprache, die deutsche Poesie im Gebiet der Schweiz zu fördern. Es ist ein nicht gerade geschmackvoller Mißbrauch, anzuerkennen Herrn Godel zum Schillerpreisträger zu machen, einen der ärgsten Deutschenpreßer in der welschen Schweiz. Man mag es bebauern oder nicht, Tatsache ist es, daß Schiller einer der verdächtigsten „Hochs“ ist wie Herr Godel die Landsleute Schillers in der „Gazette de Lausanne“ zu benennen pflegte.

Die „Zürcher Post“ spricht die Hoffnung aus, daß der an der Logik der französischen Sprache geschulte Geist den Herrn Godel veranlasse, diese Gabe der Schillerstiftung zurückzugeben mit einem verzeihenden Lächeln für die alemannische Tolpatzigkeit. Wir bezweifeln dies. Herr Godel wird sich frei nach Goethe sagen: Ein edler welscher Mann mag keinen Deutschen leiden, doch ihre Franken nimmt er gern.

Dr. R.

Das Echo von Morels Anlage.

(Von unserem Londoner Vertreter.)

L. London, Ende August.
Morels neue Anlagenschrift gegen die Schuldfrage, die in der Augustnummer von „Foreign Affairs“ unter dem Titel: „Das Gift, das zerstört“ erschien, hat ihm eine überraschend große Anzahl zustimmender Briefe gebracht und zwar manche aus Kreisen, von denen er es am wenigsten erwartete. So haben ihm nicht weniger als drei Generale die gegen Deutschland kämpften, gratuliert und einer von ihnen, Brigadegeneral E. B. Thompson, hat ihm sogar erlaubt, seinen Brief abdruckten, in dem es u. a. heißt:

„Wenn die Ursachen des letzten Krieges ehrlich erforscht werden, bricht die Theorie von der einen schuldigen Nation zusammen, und eine selbstgerechte Haltung seitens irgendeiner der Mächte, die den Krieg führten, ist ebenso unerschuldbar, als gefährlich für den Frieden und das Wohlergehen Europas. Eine volle und klare Darstellung der ganzen Sache tut sehr not; Ihr Artikel, der im rechten Augenblick erschien, gibt sie und sollte in weiten Kreisen gelesen werden.“

Auf denselben Ton sind beinahe alle der achtzehn Briefe gestimmt, die Morel von bekannten Publizisten und Abgeordneten zugehen und die er in der Septembernummer von „Foreign Affairs“ abdruckt. Ich lasse hier noch das Zeugnis des bekannten Historikers, des Universitätsprofessors Raymond Beazley folgen. Er schreibt an Morel:

„In Ihrem Gift, das zerstört, behandeln Sie mit erfreulicher Gründlichkeit und Genauigkeit, was heute die vitalste aller internationalen Fragen ist. Und Sie zeigen überzeugend, wie entscheidend unter dem Gewicht neuen Beweismaterials, die Verdrängung der moralischen These ist, unter der die alliierten Völker in den Krieg traten.“ Geleitet von der Ansicht, daß das Dogma von Deutschlands erstklassiger Kriegsschuld heute eines der Haupthindernisse, ja vielleicht das größte der Hindernisse für den Wiederaufbau und die Erholung der Zivilisation ist, heiße ich Ihren kraftvollen und ausgearbeiteten Angriff auf diese Lüge herzlich willkommen. Sie arbeiten in der Tat an einer Sache, die wie keine nottut.“

Der Erfolg seiner Anlagenschrift hat Morel offenbar ermutigt, den Kampf gegen den Drachen der Schuldfrage in der Septembernummer seiner Zeitschrift mit womöglich erhöhter Intensität fortzusetzen. In einem Beiratsartikel weist er auf den engen Zusammenhang der Schuldfrage mit der enormen Katastrophe hin, in die Europa nun zu stürzen droht, und zeigt, wie auch die englischen Staatsmänner noch immer davor zurückschrecken, die Grundlage der Politik des Pariser Vertrages preiszugeben, nämlich „die Bestrafung Deutschlands als des alleinigen Urheber des Krieges, die Bestrafung eines Verbrechervolkes“. Und doch freise die Mythe von der „Verbrechernation“ wie ein Krebs am Körper Europas wirt und ohne seine radikale Herauscheidung sei an keine Heilung zu denken. Damit nicht genug, beginnt er unter der Überschrift: „Der große Betrug. Wie die Russen und Franzosen den Krieg vorbereiteten“ den Abdruck des Textes der Geheimprotokolle über die Beratungen der Generalstabschefs der russischen und französischen Armeen, welche die „Süddeutschen Monatshefte“ zuerst veröffentlicht haben. Der große Betrug, der durch diese Veröffentlichung enthüllt wurde, ist ihm die dem englischen Volk immer wieder eingetrichterte Lüge, das arme Frankreich und Rußland seien von den bösen Deutschen unvorbereitet überfallen worden, während „diese armen, unvorbereiteten Staaten, die Opfer deutscher Aggression, schon damals eine militärische Offensive gegen die Mittelmächte diskutierten, die diplomatisch als ein „Verteidigungskrieg“ camouflagiert werden sollte.“

Als glänzende Ergänzung zu dieser Veröffentlichung setzt Prof. Beazley seine einschneidende Analyse der Zwölftelkorrespondenz fort, die ihm auf Poincarés Willen zum Krieg ein sehr helles Licht zu werfen scheint. Vom Gesichtspunkt der Schuldfrage aus ist aber der wertvollste Artikel in dieser wertvollen Nummer von „Foreign Affairs“ eine glänzende Beschreibung eines französischen Buches durch Morel, das, wie er sagt, „die Revolte eines gebildeten und gerechten Geistes gegen die intellektuelle Verführung eines ganzen Volkes symbolisiert.“ Sein Titel lautet: „La Guerre de 1914. Comment on mobilisa les consciences.“ Sein Verfasser ist ein früherer hochrangiger Staatsbeamter, Georges Demartial. Er gibt wie Hamilton Hyde und Bauman, deren verwandte Bücher ich früher besprochen, an, daß er bei Kriegsbruch auch an die funktionelle Schuldfrage geglaubt habe, und daß ihm erst allmählich durch eingehendes Studium aller vorliegenden Dokumente ein Licht über den großen Betrug aufgegangen sei, der an den Völkern mit Bezug auf einen Krieg verübt wurde, „der von Anfang bis zu Ende in einer Lüge wurzelte“. Er ist überzeugt davon, daß es für Europa keine Rettung gibt ohne eine Herkörung des Mythos von Deutschlands alleiniger Schuld, und er verlangt eine „Revision des Urteils“ gegen Deutschland, und zwar eine Revision gegründet auf das Preisgeben „der furchterlichen Lüge in der Geschichte“. Seine Grundthese ist: „das französische Volk akzeptierte den Krieg nur auf Grund der Behauptung Poincarés, daß Deutschland ihm den Krieg aufgezwungen habe. Wenn diese Behauptung unwahr ist, ist der wahre Feind des französischen Volkes Poincaré, der es täuschte.“

Sein ganzes Buch ist ein langer und unwiderleglicher Beweis der Unwahrheit der Poincaréschen Behauptung. Die französische Politik, schreibt er, hatte die Wahl zwischen zwei Wegen. Sie konnte entweder Rußland und der Welt offenlagen, wenn Deutschland zuerst gegen Rußland mobilisierte, werde Frankreich Rußland gemäß dem Bündnisvertrage unterstützen. Oder sie konnte Rußland insgeheim Frankreichs Unterstützung zusichern, selbst wenn Rußland zuerst mobilisierte. Diese zweite Politik war es, welche die Herrscher Frankreichs einschlugen, und das war eine Kriegs- und Angriffspolitik, wie in den Noten ausdrücklich anerkannt ist, welche zwischen den Unterzeichnern der französischen Militärkonvention ausgetauscht wurden. „Die Partei, die zuerst mobilisiert, übernimmt die Rolle des Angreifers“, erklärte General Boisdeffre, der französische Unterhändler der Konvention. Rußland mobilisierte zuerst und die französische Regierung hatte Rußland einen Blankoscheck gegeben. Das Unternehmliche folgte, wie es die Generalstäbe Rußlands und Frankreichs vorausgesehen und berechnet hatten, als sie in ihrer Konvention bestimmten: „Mobilisierung soll als gleichbedeutend mit Kriegserklärung gelten.“

Zu diesen Ausführungen des französischen Wahrheitszeugen bemerkt Morel:
„Das ist in der Tat des Rubels Kern, daß eine allgemeine russische Mobilisierung Krieg bedeutet; daß sie Krieg bedeutete, weil die Bestimmungen der Allianz ausdrücklich vorsehen, daß sie das bedeuten sollte; daß Rußland mobilisierte mit dem vollen Wissen, daß das Krieg bedeutete; daß Frankreich es darin unterstützte und daß Grey nichts tun konnte, um beides zu verhindern, weil er sich die Initiative aus seinen Händen hatte entlassen lassen, weil er durch geheime Abmachungen gebunden war, weil er kein unterdrücktes Volk hinter sich hatte, sondern ein Volk, das er im Dunkeln gelassen hatte.“
Eine der glänzendsten Partien des Buches ist sein Nachweis des Sumbugs, den die Alliierten mit Belgien trieben und seine Widerlegung der Quintinschen Behauptung, England sei wegen Belgiens in den Krieg gegangen. England habe so wenig sich für Belgien geöffnet, daß es vielmehr Belgien seinen eigenen Interessen opferte.“

Handelsteil.

Beträchtliche Erhöhung der Stahlpreise.

Im deutschen Stahlmarkt trat heute die eingetragene Kommission, bestehend aus Vertretern der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels, zusammen, um die Preisbildung für die erste Delade des Monats September vorzunehmen. Die seitlich eingetretene Erzeugung, insbesondere die ungeheure Verschlechterung der Markt, führte zu einer beträchtlichen Erhöhung der Preise, die im gegenwertigen Einbernehmen vom 1. September bis 10. September gelten. Die Preise stellen sich wie folgt: Rohblöcke 27 530 M., Vorblöcke 80 120, Knüppel 81 280, Platinen 32 080, Formeisen 38 500, Stabeisen 37 020, Umverformeis 40 320, Wändeisen 42 180, Walzdraht 80 800, Grobbleche 5 Millimeter und darüber 41 580, Mittelbleche 3 Millimeter bis unter 5 Millimeter 47 250, Feinbleche 1 Millimeter bis unter 3 Millimeter 50 780, Feinbleche unter 1 Millimeter 58 310 M für 1000 Kgr. in Thomasdarmelsgüte mit den bekannten Frachtkonditionen. Die zu erwartende Kohlenpreiserhöhung ist in diesen Preisen nicht enthalten. Die Aufschläge hierfür regeln sich nach dem bestehenden Schlußel. Der Mehrpreis für Lieferung in Siemens-Martins-Handelsgüte beträgt für die erste Delade 2500 M auf Stabeisen berechnet. Die Marktüberpreise der seit dem 1. August in Kraft getretenen Listen gelten für den Monat September mit einem Aufschlag von 80 Pro.

Erbsmanndorfer A.-G. für Flachsaar-Maschinen-Spinnerei und Weberei in Akerhal i. N.Sj. Die Generalversammlung findet am 26. September in Dresden statt. (S. Anzeiger.)
Landwirtschaftliche Handels-A.-G., Zweigniederlassung Breslau in Breslau. Die genannte Gesellschaft ist beim Amtsgericht in Breslau in das Handelsregister eingetragen worden. (S. Anzeiger.)

Dividendenantrag. Vom 31. August 1922 ab werden Dresdner Cordinen & Spitzen-Manufaktur-Aktien (90 Pro.) ausschließl. Gewinnanteilschein für 1921/22 an der Berliner Börse gehandelt und notiert.

Verkehrslage im Ruhrbezirk. Die Eisenbahnbetriebslage war im Ruhrgebiet auch in der vergangenen Woche gut. Die für den 1. September vorgezeichnete Tarifserhöhung hat offenbar die Verkehrstreibenden im Reihe veranlaßt, noch in diesem Monat möglichst viele Güter zum Versand zu bringen. Dies machte sich dadurch bemerkbar, daß der Lauf der leeren Wagen zur Ruhr abnahm. Im Ruhrgebiet selbst erreichten die Anforderungen an offenen Wagen, außer für Kohlen, durchschnittlich die Höhe der Anforderungen des Jahres 1918. Während die angeforderten Wagen für Brennstoffe sämtlich gestellt werden konnten, blieb die Stellung von offenen und bedekten Wagen für sonstige Güter hier und da auf Schwierigkeiten. Für Kohlen, Holz und Breitspitzen sind in der vergangenen Woche im arbeitstäglichen Durchschnitt einschließlich der nachträglich bestellten Wagen 21 592 Wagen (gerechnet zu je 10 T.) angefordert und auch gestellt worden (Höchstleistung am 21. August 21 978). Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Durchschnittleistung 20 434 Wagen. Der Wasserstand des Rheins betrug am Tauber Pegel gegen Schluß der Woche 2,75 Meter, Einschränkungen in der Abladung waren also nicht erforderlich. Der Streik der holländischen Transportarbeiter ist seit dem 24. August beendet. Der Brennstoffumschlag an den Schiffern der Duisburger-Ruhrorter Häfen belief sich auf 17 499 (18 788) T., in den privaten Rheinhäfen wurden 5368 (4919) T., in den Bächenhäfen der Kanäle 25 663 (28 160) T. wertmäßig umgeschlagen.

Erhöhung der Kalipreise. Die Kommission des Reichskalkulators hat beschlossen, vom 1. September die Kalipreise für das Inland um durchschnittlich 102 Pro. zu erhöhen. Das Reichswirtschaftsministerium hat diesen Beschluß genehmigt.

Preisänderung für Gangschlösser. Wie der Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Oberfeld mitteilt, hat die Vereinigung Deutscher Gangschloß-Fabrikanten, St. Oberfeld, sich geeinigt, die Verkaufspreise für gewöhnliche Gangschlösser im Inland auf 7800 Pro. und im valutarischen Ausland auf 8800 Pro. zu erhöhen. Gangschlösser mit Messingteilen gelten im Inland mit 8300 Pro. und im valutarischen Ausland mit 9300 Pro. Aufschlag, während Schlösser ganz aus Messing im Inland mit 8800 Pro. und im valutarischen Ausland mit 9800 Pro. Aufschlag gelistet werden. Die Devisenpreise für das valutarische Ausland bleiben bestehen. Vorstehende Preise sind wieder freibleibend. Es kommen die am Tage der Preisierung gültigen Preise zur Berechnung.

Mindestpreise für Fleischmaschinen. Wie vom Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Oberfeld mitgeteilt wird, sind für den Verkauf von Fleischmaschinen in das valutarische Ausland nachstehende Bestimmungen getroffen worden: Mit Wirkung vom 26. August 1922 ab berechnet sich der Mindestpreis nach der Liste 11 mit einem Aufschlag von 1000 Pro.; hierzu tritt ein Aufschlag auf den um 1000 Pro. erhöhten Preis von 20 Pro. Übergangsbestimmungen wie bisher.

Erhöhung der Kartonnagenpreise. Nachdem die Konventionen der Pappfabrikanten in der zweiten Hälfte des August die Preise für Pappen bereits wesentlich erhöht hatten, sind mit Wirkung vom 1. September d. J. die Papierpreise um weitere 100 Pro. im Durchschnitt erhöht worden. Mit Rücksicht hierauf sowie auf die etwa 200 Pro. betragende Erhöhung der Papierpreise hat der Zentralverband deutscher Kartonnagen-Fabrikanten E. V. beschlossen, eine entsprechende Erhöhung der Preise seiner Fabrikate vorzunehmen.

Bericht der Butternotierungskommission Breslau. Erzeugerpreis einschließlich Verpackung ab Mollereisation am 31. August 1922: 1. Qualität Mollereibutter per 50 Kilo 20 000 M., 2. Qualität Mollereibutter per 50 Kilo 18 000—19 000 M. Tendenz: flau.

Berliner Viehmarktbericht vom Magerviehmarkt vom 30. August 1922. Die Aufkäufe zum Ferkel- und Schweinemarkt waren etwas größer als in der Vorwoche. Das Geschäft war sehr lebhaft bei durchwegs erhöhten Preisen. Es fanden zum Verkauf: 2718 Stück Ferkel und Küferlämmer, 356 Stück Schweine. Nach Gewicht wurden Ferkel mit 96—106 M. und größere Küferlämmer in der Preisliste von 95—100 M pro Pfd. Lebendgewicht gehandelt.

Neueste Handelsnachrichten.

* Berlin, 31. August. (Eigenes Fernsprechbüro.)
Die wirtschaftliche Vereinigung Deutscher Messingwerke hat den Grundpreis für Messingbleche von 500 auf 535 und für Messingstangen von 380 auf 405 M erhöht.
Die Generalversammlung der A.-G. Maschinenfabrik Sphäerwerkstätte in Atern genehmigte die Erhöhung des Grundkapitals auf 15 Millionen Mark durch Ausgabe von 6 Millionen Mark neuer Aktien. Diese werden den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 3:2 zu 140 Pro. angeboten. Außerdem wird das Stimmrecht der Vorzugsaktien von 10 auf 20 Pf. erhöht.

Berlin, 31. August. Börsen. (S. Lu.) Im weiteren Verlauf der Börse war das Geschäft allgemein ruhig bei wenig bedeutenden Kursen. Ungarische Goldrente gingen auf 1500 zurück, konnten sich aber schließlich wieder befestigen. An der A. b. Börse war das Geschäft still. Die Notenzapapiere behaupteten sich. Der Dollar schloß mit 1650. Um 2½ Uhr wurden notiert: Österreichische Staatsbahn 6450, Baltimore 7850, Canada 6100, Schantung 685, Deutsch-Australier 770, Sopa 710, Hamburg-Süd 1650, Lloyd 560, Bozumer 2464, Widener 1495, Deutsch-Luxemburger 2325, Deutsche Reimer 2340, Eisener Steinhöfen 2825, Gelisenkirchner 2820, Harpen 5350, Hirsch Ruppel 1010, Höchst 2805, Hohenlohe 2150, Nie Bergbau 2080, Niedersachsen 1800, Rattowiser 1755, Rhein-Neufelsen 2310, Laura hütte 3850, Linke Hofmann 905, Lotzinger hütte 2400, Mannesmann 1900, Oberbarf 1190, Caro 1060, Oberlofs 2025, Rheinische Braunkohlen 3075, Riebeck 2825, Rombar 1185, Rütterswerke 1010, Scheidemann 2840, Westeregeln 2480. Im freien Verkehr wurden genannt: Bederstahl 940, Benz 725, Christoph & Henning 750, Krüger

4400, Hochfrequenz 1800, Wandrich 1280 B., Vorzugsaktien 1280, Ufa 355, R. Wolf 1090.

Wagnersche. W. C. G. 5proz. Vorzugsaktien 78, 6proz. Vorzugsaktien 31, Sachjenwerf 211 B. G.

Berlin, 31. August. Auslandswechsel. Amtliche Kurse für telegraphische Auszahlung. Die Banken kaufen zum Geldkurs und verkaufen zum Brietkurs.

Part.	Wk.	81.	80.	Part.	Wk.	81.	80.		
168,74	4 1/2 Amstrd.	100fl.	644,35	6042,35	3,18	New-York	1. Doll.	1722,84	1848,06
	de.		68:85,6	80575,63		de.		1727,16	1851,94
81.	5 1/2 Bristol	100fr.	12534,30	11385,75	91.	6 Paris	100 Frs.	1318,50	1195,00
	de.		12563,70	11414,25		de.		1316,50	1205,00
119,50	7 Christiania	100Kr.	29363,25	25767,75	91.	4 1/2 Schwed	100Fr.	32858,85	29612,90
	de.		29436,75	25832,25		de.		32941,15	29687,10
119,50	7 Kopenhag.	100Kr.	37453,10	32459,35	91.	5 Spanien	100 Pes.	26763,50	24119,80
	de.		37546,90	32540,65		de.		26833,50	24180,20
112,50	7 1/2 Stockh.	100Kr.	46342,00	39500,00	85,06	6 Wien (i. D. abg.)	100 Sch.	2,05 1/2	1,98 1/2
	de.		46455,00	40050,00		de.		2,09 1/2	2,02 1/2
81.	9 Bologn.	100Lira	3895,35	3295,85	85,06	6 Prag	100 Kronen	5767,75	5093,60
	de.		3704,85	3204,18		de.		5782,25	5106,40
81.	6 Italien	100 Lira	7440,65	6384,40	85,06	6 Budapest	100 Kron.	76,90	74,90
	de.		7459,35	6388,60		de.		77,10	75,10
90,43	7 London	1 Pfd. St.	7840,15	6916,30					
	de.		7859,85	6933,70					

Buenos-Aires 634,20 G. 635,80 B., Rio 224,71 G., 225,29 B. Sofia 988,75 G., 991,25 B. Japan 828,95 G., 831,05 B.

Räucher amtliche Notierungen vom 31. August. (S. T. L.) Englische Roten 7515,55—7534,45, Französische Roten 12 933,80—12 968,20, Belgische Roten 12 159,75—12 190,25, Holländische Roten 65 787,65—65 598,85, Amerikanische Roten 1652,20—1657,10, Schweizer Roten 31 980,—32 014, Italienische Roten 7410,70—7429,80, Stodholmer Roten 43 645,35—43 745,75, Ropenhagener 34 465,80 bis 35 554,40, Kristiania 27 805,10—27 934,60, Spanien 26 107,25—27 984,00, Budapest 78,90—79,10, Prag 5643,60—5657,10, Wien 2,03—2,07.

w. Kopenhagen, 31. August. Seichtwechsel auf London 20,70, New York 457, Hamburg 0,29, Paris 35,60, Antwerpen 34, Brüssel 88,86, Amsterdam 182, Stodholm 123,0, Kristiania 78,20, Helsingfors 10,05, Berlin 0,24, Barts 29,10, Brüssel 27,80, Schwed. Plätze 72,25, Amsterdam 147,76, Ropenhagen 81,40, Kristiania 63,80, Washington 378,50, Helsingfors 8,10, Prag 12,60.

w. Kristiania, 31. August. Seichtwechsel auf London 26,85, Hamburg 0,38, Paris 45,80, New York 450, Antwerpen 286, Brüssel 113,26, Helsingfors 12,75, Antwerpen 43,25, Stodholm 187, Ropenhagen 12,80, Prag 20.

w. Wien, 30. August. Börse. Die Börse eröffnete unter dem Druck der herrschenden Geldnot, die weitere Entlastungs- und Rückkäufe sowie Abgaben der Kontermine zur Folge hatte, sowie im Anschluß an die Entspannung des heimischen und Berliner Devisenmarktes in schwacher Haltung und nur halbgeleiteten Kursen. Der Markt zeigte infolge der Lage des Geldmarktes nur geringe Aufnahmefähigkeit, so daß sich die Rückgänge unter kleinen Umständen vollzogen. Im weiteren Verlauf schritt die Kontermine zu Deduktionen, worauf eine beständigere Tendenz Platz griff. Im Vergleich zu Vormittag waren im allgemeinen mehr oder minder empfindliche Kursänderungen zu bemerken. Größeres Interesse zeigte sich für Staatsanleihen. Auf dem Anlagemarkt waren die Renten fest, Staatsanleihen schwächer.

WTB. Wien, 30. August. Schlusskurse.

	30.	29.		30.	29.
Anglobank	120100	130000	Bina Mörnyik	575000	630000
Bankverein	38000	48000	Skoda-Werke	948000	920000
Bankr. Kredit	41000	45000	Saigo Kohlen	1 880 800	1 740 800
Jager. Kredit	240000	285000	Dalmier	289000	210000
Landesbank	129000	132000	Ost. un. Bank	—	19000
Stadtbank	30500	34000	Lloyd Triestino	—	1800
Unionbank	1 78 990	1 255 000	Polj-Hütte	780000	750000
Stadbank	205000	205000	Prager Kohlen	1 390 000	980 000
de. Privatbank	410000	440000	Prager Eisen	—	21000
Siemens u. Halsk	451000	—	Waldsch. Waggon	—	110000
Alpine Montan	580000	608000	Waffen-Fabrik	44000	58000

WTB. New-York, 30. August. Privatdiskont.

vom	30.	29.	vom	30.	29.
60-tägige	0,07%	0,07%	Chicago, N. W.	7 3/4	7 3/4
w. Berlin 30 Tg.	0,07%	0,08	Chgo., N. W. S.	7 3/4	7 3/4
w. Paris 30 Tg.	7,78	7,74	Devisen, N. W.	30,1/2	30
w. Lond. 60 Tg.	4,43 7/8	4,43 5/8	Devisen, Central	—	—
Calix Transp.	4,45 5/8	4,45 3/8	Devisen, B. A.	118	117
Atl. Tr. N. W.	104 1/2	103 1/2	H. J. Bank. N. W.	128 1/2	128 1/2
Belgien u. Höhe	48 1/2	48 1/2	Warwick u. West.	99 1/2	99
Canada Pacific	148 1/2	147 1/2	Wassila	106 1/2	106 1/2

Wechsel auf Amsterdam 89,91, do. auf Belgien 7,85, do. auf die Schweiz 19,03, do. auf Madrid 18,54, do. auf Rom 4,41. Smolting & Reinlinn 53 1/2. Mercantile Marine 19.

w. Berlin, 31. August. Produktmarkt. Im Rückgang der Devisenwertungen behaltende der Produktmarkt hat zurüchlebendem Angebot große Festigkeit. Die Nachfrage seitens der Mühlen fand daher nur in geringem Umfang Verdrängung für Weizen. Im Roggenmarkt wurden bei andauernder Nachfrage für Umlagezwecke wesentlich höhere Preise erzielt. Von Sommergerste fehlten hauptsächlich die stark gefuchten guten Qualitäten. Hafer blieb bei wesentlich vermehrter Nachfrage für den Konsum beträchtlich. Mais wurde ebenfalls höher gehalten, es zeigte sich vermehrte Kauflust auf Befestigung. Weizen war für Lieferung in den nächsten Monaten rege begehrt. Für die übrigen Artikel herrschte gleichfalls feste Stimmung.

Nichtamtliche Preise für 50 Kilo ab Station:

81.	30.	81.	30.	
Weizen märzlicher	3900-3100	3900-2975	Maiz ab Hambg.	—
potommerischer	—	—	La Plata prompt	2900
schlesischer	—	—	prompt/Berlin	2750
medlenburger	—	—	do. p. Sept.	2600
Haagen märzlicher	2700-2600	2300-2350	Weizenmehl 70%	—
neuer	—	—	für 100 Kilo	—
potommerischer	—	2200-2300	do. *)	8500-9000
westpreuss.	2800-2500	2300	Roggenmehl 70%	—
ostpreuss.	—	—	für 100 Kilo	6800-7000
Wintergerste märzliche	—	—	do.	6600-7000
Sommergerste m. r. L. sch. neu	2900-2800	2700	Maismehl f. 50%	—
Hafer märz. neu	3000-2800	2700	Weizenkleie	1900-2000
schlesischer	—	—	Roggenkleie	1900-2000
			Haas alter	4000-4300
			do. neu	3600-3800

Leinwand 4000—5000 (4000—4050).

81.	30.	81.	30.	
Vittoria-Erbsen	5000-5200	4500-5000	Leinwand	—
Erbsen, kleinere	4100-4300	4000-4200	Xrondringel	1900-2000
Rüben-Erbsen	2600-3000	2500-3000	Runderhübel	2100-2400
Blüthen-Erbsen	2500-2800	2400-2800	Wienener, gut.	630-680
Niederbohnen	2600-2800	2400-2800	do.	560-630
Lupinen, blaue	1700-1900	1700-1900	Kleber	—
gelbe	1800-2100	1800-2100	Stroh, drahtgepr.	530-570
Erbsella neue	—	—	Safertrost	530-570
veln	—	—	do. gebühelt.	490-530
Rapskörner	2000-2100	1900	Langstroh	530-570

Leinwand 1350—1400. * Feinste Marken über Notiz abgibt.
New-York, 30. August. Produktbörse. Baumwolle. Tagesumsatz 21000. Ausfuhr nach Großbritannien 20000, Ausfuhr n. d. Kontinent 2000.

	30.	29.		30.	29.
Baumwolle	—	—	Petroleum	15,50	15,50
Hayrak loko	22,80	22,85	Raffinee	11,50	11,50
Hayrak 40/42	22,00	22,00	Hayrak	8,00	8,00
Hayrak Aug.	—	—	Hayrak	7,00	7,00
Sept.	22,34	22,41	Schmalz	11,30	11,35
Nov.	22,58	22,60	Zucker (Zentr.)	5,30	4,98
Ok.	22,60	22,63	Zucker (Zentr.)	—	—

w. Bremen, 31. August. American Fullw. middling good colour and staple 100 897,50 per 1 Rilo.
w. Berlin, 31. August. Metall. Metallkupfer (Bretzler), prompt, eisf. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 57 1/2, Raffinaderkupfer 99/99 3/4 490—510, Original-Gütenmetzblei 190—200, Original-Gütenzinnober, Preis im freien Verkehr 240—260, Preis b. Strohdeckenverbandes 218,40, Remette-Blattzinnober von handelsüblicher Beschaffenheit 190—200

Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and various market indicators.

Ende 1921 ist erschienen: Schlesiendes Güter-Adressbuch 12. Ausgabe Gebd. einjährl. Feuerungsaj. 120 M. Verlag von W. G. Korn in Breslau

Schlesien.

Die oberschlesischen Aufstände und das offizielle Polen.

Die oberschlesischen Aufstände und das offizielle Polen. Ost-Oberschlesien hat in den letzten Tagen den Besuch des Präsidenten der polnischen Republik erhalten; des „Staatschefs“, wie die Polen die Bezeichnung „Maczelnik Panstw“ ihres Staatsoberhauptes selbst ins Deutsche zu übertragen pflegen. Herr Bilsudski wurde mit der üblichen theatralischen Aufmachung empfangen. Man sorgte für die nötige Begeisterung, ließ ihm von einer Anzahl junger Leute die Pferde ausspannen, wofür die also Begeisterten, wie man drüben nicht allein in deutschen Kreisen meint, jedenfalls entsprechend bezahlt worden sind — und wenn man noch mehr Geld gegeben hätte, so hätten sich vielleicht auch einige gefunden, um dem Staatsoberhaupt das Benzin auszuklinken. Viel bedeutungsvoller als diese Nebensächlichkeiten, über die man lächeln mag, ist etwas anderes. Als Herr Bilsudski, von Kongresspolen kommend, bei Myslowitz die Grenzbrücke überschritt, da war über die Brücke eine Girlande gespannt, und ein invalider Insurgent hieb die Girlande durch: Der Aufständische bereitete dem offiziellen Staatsoberhaupt den Weg. In den größeren Orten, die der Staatschef dann besuchte, verteilte er Orden an die ehemaligen Insurgenten und hakte sie ihnen mit Anerkennungsworten selbst an die Brust.

Was also schon in den Tagen der Übergabe Ost-Oberschlesiens an Polen symbolisch ausgedrückt wurde, ist nun noch mehr offiziell von der höchsten verantwortlichen Stelle des polnischen Staates bestätigt worden: daß Polen den ihm zugefallenen Teil Oberschlesiens dem bewaffneten Aufstande vom vorigen Jahre verdankt und daß die aufständischen im Einverständnis und im Auftrage der polnischen Regierung gehandelt haben. Für den Eingeweihten ist das keine neue Erkenntnis. Man konnte schon während des Aufstandes an dem Verhalten der Franzosen gegenüber den Insurgenten sehen, daß sie diese als polnische bewaffnete Macht und als Bundesgenossen anerkannten. Dennoch hat man damals das zu bemängeln versucht. Die Insurgenten hatten sich angeblich aus freien Stücken gegen das deutsche Joch erhoben. In Wirklichkeit konnte von einer Verdrückung durch die Deutschen keine Rede sein, vielmehr lastete die Zwangsherrschaft der Franzosen mit drückender Schwere auf der deutschen Bevölkerung. Jetzt braucht man die Vorwürfe nicht mehr, sondern kann unverfroren zugeben, daß die ganze Sache ein abgekartetes Spiel zwischen der polnischen Regierung und den Franzosen gewesen ist. Herr Le Rond hat die von ihm eingeleitete „Ara der Freiheit und Gerechtigkeit“ würdig damit abgeschlossen, daß er Oberschlesien den bewaffneten Vätern Korfanth in die Hände gespielt hat. Ungehindert konnten die Freischärler von Polen her über die Grenze kommen. Für Waffen und Munition, soweit sie nicht von der polnischen Regierung geliefert waren, sorgten die französischen Beschützer, und sie sorgten auch dafür, daß kein deutscher Soldat den Boden des Abstammungsgebietes betreten durfte. Dann nämlich wäre die Sache wahrscheinlich etwas anders gelaufen. Und ganz ist der Anschlag trotz seiner raffinierten Vorbereitung nicht gelungen dank der energischen Gegenbewegung der Deutschen Oberschlesiens, obwohl auch diese lahm zu legen das eifrige und zum Teil erfolgreiche Bemühen der Franzosen gemeint ist.

Nun werden die Aufständischen von dem Staatschef in eigener Person mit Orden ausgezeichnet. Das ist gewiß sehr schön, aber sie sind damit nicht zufrieden, wie man in der letzten Zeit wiederholt deutlich genug aus der polnischen Presse Ost-Oberschlesiens entnehmen konnte. Wie vor der Abstimmung, so hat man auch vor dem Aufstande mit Versprechungen nicht geklagt, um zu Laten anzufeuern. Die Erfüllung sieht jedoch anders aus, denn man hat viel mehr versprochen, als man erfüllen konnte und wollte. Die Insurgenten sind von der polnischen Regierung vorgeschickt worden, die guten Posten im Staatsdienst dagegen, die sie erhofft hatten, erhalten jetzt nicht sie, sondern andere Leute, die bessere Verbindungen mit Warschau haben. Auch aus anderen bekannten Gründen sind viele Polen in Ost-Oberschlesien nicht mit ihrer neuen Regierung zufrieden, und ebenso sind Korfanth und Bilsudski keine Freunde mehr. Diese inneren Streitigkeiten könnten uns gleichgültig lassen, wenn wir nicht aus ihnen ersehen, daß das Land, dessen Abtrennung für uns ein Unglück ist, selbst auch nicht glücklich geworden ist. Die Schuld daran tragen die Weiden, die den Raub an Oberschlesien gemeinsam ausgeführt haben. Und Frankreichs Schuld wiegt bei weitem schwerer. Denn es hat sich mit einem Verbrechen belastet, das überall in der Welt unter anständigen Menschen verabscheut und im bürgerlichen Leben streng bestraft wird. Es hat ihm zur Obhut anvertrautes fremdes Gut veruntreut.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung trat am Donnerstag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, die sich mit einer dringenden Anfrage des Stadtverordneten Wierzig und 25 anderer sozialdemokratischer Stadtverordneter über die Maßnahmen des Magistrats zur Vinderung der jetzigen Not zu beschäftigen hatte.

Der Eintritt in die Tagesordnung gedachte der stellvertretende Vorsitzende Dr. Wandmann des verstorbenen Stadtrats Banders und hob seine Verdienste um die Stadt hervor. Dann begründete Stadtverordneter Wierzig die Dringlichkeit seiner Anfrage. Die Versammlung bejahte die Dringlichkeit, und der Fragesteller legte als Zweck seiner dreiwöchentlichen Rede dem Magistrat drei Fragen vor: Was ist geschehen, um die Milchversorgung der Stadt Breslau zu sichern? Was soll geschehen, um reichlich Kohlen zu erschwinglichen Preisen für die Bevölkerung zu beschaffen? Was soll geschehen, um die Kartoffelversorgung sicherzustellen? In Verbindung mit diesen Fragen forderte der Redner hohe Hundes-, Katzen- und Klaviersteuer, Besteuerung des Getreides der Hotels aus den für Ausländer erhöhten Preisen, sowie eine besonders hohe Besteuerung der Luxusgaststätten. Er verlangte ferner, für Einberufung eines Stadttages zu sorgen, der sich mit diesen Fragen befassen sollte.

Oberbürgermeister Dr. Wagner führte in Beantwortung der Anfragen aus: Die Schuld an dem Elend dieser Lage trägt der Versailles Vertrag. Dem Vernichtungswillen der Feinde müssen wir zähnen Lebenswillen entgegensetzen. Die Hilfsbereitschaft für die Allgemeinheit müsse noch größer werden. Das Übel des Wunders müsse an der Produktionsquelle ergriffen werden. Die meisten Kaufleute dürfe man nicht als Wucherer bezeichnen; denn sie seien nur das letzte Glied der Kette von der Fabrik zum Verbraucher. Gegen die jetzigen Milchpreise sei die Stadt machtlos, aber der Oberpräsident werde Maßnahmen ergreifen, die zu einer Änderung führen müssen. Für Winterbrennstoffe werde außerdem billige Milch

beschafft werden. Im allgemeinen sei die Beförderung mit Milch ausreichend. Die Kohlenbeschaffung sei sehr schwer. Deshalb habe man jetzt schon die Erlaubnis zur Ausgabe von Winterkohle erteilt. Der Magistrat werde keine Konjunkturgewinne dulden. Auch für die Armen werde Kohle besorgt werden. Kartoffeln werden reichlich vorhanden sein. Aber der hohen Preise wegen müsse eine Aktion in die Wege geleitet werden, durch die es möglich sein wird, mit Hilfe der Arbeitgeber genügend Kartoffeln für Breslau zu beschaffen. Eine große Schuld an dem Alkoholmissbrauch trage die Wohnungsnot. Neue Sreipen werden nicht mehr genehmigt, eingegangene nicht neu konfessioniert. Er werde versuchen, auf dem Städtetage mit Nachdruck dafür einzutreten, daß dieser sich ernsthaft all der genannten Fragen annimmt.

Stadtverordneter Carl Wilhelm Wolff (Dem.) unterstrich die Ausföhrungen Wierzigs. Angststürze und Hamsterei seien mit Schuld an den hohen Preisen. Dem Einzelhandel könne man keine Vorteile wegen der Preissteigerung machen. Bei den Syndikaten müsse man angreifen. Die Alkoholreklame müsse eingesamnt werden. Er forderte dann noch mehr Berücksichtigung des argentinischen Fleisches, Einführung von Schußspeisungen und Wiebenerichtung der Mitleidersteller. Für Notstandsarbeiten müßte schon jetzt gesorgt werden. Stadtverordneter Hornig (Ztr.) wünschte ausgiebige Hilfe für Pensionäre, begünstigte die Möglichkeit einer allgemeinen Hilfsaktion, wie sie die Vorredner beklundeten, und sprach sich für Prüfung der Zunderpreise aus. Stadtverordneter Dr. Mark (Soz.) verlangte Teilungswirtschaft für gewisse Bedarfsmittel, Stadtverordneter Wanderjcheid (Ztr.) Schließung der Vorstände und Einführung der Prügelstrafe. (1)

Dann gab Stadtverordneter D. Tilgner eine Übersicht über die Pläne und Maßnahmen zur Vinderung der Not seitens des Wohlfahrtsamtes. Es seien Vorbereitungen zur Metzbedeckung für Unbemittelte getroffen. Der Gaspreis für die ärmere Bevölkerung werde noch geringer werden. Lebensmittelpakete werden seitens des Wohlfahrtsamtes in zwei Arten, für Kranke und für Gesunde, gekauft. Die Kartoffelversorgung für Winterbrennstoffe soll den Konsumorganisationen übertragen werden. Die Aufgaben des Wohlfahrtsamtes müßten vorbeugend wirken, nicht erst, wenn schon Not eingetreten ist. Das sei Sache des Armenrates. Stadtverordneter Dr. Bujakowski (Dntf.) führte aus, daß jetzt auch die Fremden der Erfüllungspolitik entgegen, wie früher ihr Vorgehen war. Meist die Lohnarbeiter hätten am meisten zu leiden, sondern diejenigen, die als Rentner und in ähnlicher Weise ihr Leben fristen. Die Forderung nach Wiedereröffnung der Zwangsverwaltung müsse er ablehnen, da nicht die Abschaffung der Zwangsverwaltung die Preise gesteigert habe, sondern die politische und wirtschaftliche Lage des Staates. Daß die Zwangsverwaltung nicht vor hohen Preisen rette, beweise die Kohle. Wir müssen mehr als dem Achtundzwanzig arbeiten. Die Währung müsse stabilisiert werden. Die Einigkeit aller Parteien müsse gegen das Elend ankämpfen. Auch Stadtverordneter Wolf (Dem.) stellte fest, daß die Zwangsverwaltung nicht preisensenkend wirke, das könne man außer an der Kohle auch am Brot und an den Zuständen im Getreidehandel. Stadtverordneter Schleier (Ztr.) setzte sich nochmals für die verschämten Armen ein, und Herr Nowak (Ztr.) sprach eine Lange für die schwer leidenden Hausfrauen. In seinem Schlußwort forderte Stadtverordneter Wierzig, der behauptete, seine Partei wolle die Not nicht politisch ausnutzen, daß die Milchmilkstätten morgens nicht von 7 Uhr geöffnet werden dürften, und gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß der Magistrat sich zu seinen Wünschen bekannt habe. Damit schloß die Sitzung, die im Grunde genommen nach den Erklärungen der Magistratsvertreter nicht nötig gewesen wäre, weil ja alles schon im Werden ist, was besprochen wurde. Aber man hatte deutlich das Gefühl, daß die Sozialdemokratie diese Sitzung brauchte, um ihre Massen bei der Stange zu halten.

Aus Oberschlesien.

Ministerbesuch in Oppeln.

Am Dienstag weilte der Verkehrsminister Gröner in Oppeln, konferierte längere Zeit mit dem Oberbürgermeister Neugebauer und fuhr mit dem Abendzug nach Berlin zurück. Am Nachmittag hatte der Vertreter des Handelsministers, Ministerialrat Kühne, der sich auf einer Informationsreise in Oberschlesien befindet, eine Konferenz mit Vertretern der Stadt — Bürgermeister Scholz und Direktor Zahn — sowie der Oppelner Handelskammer. Er erkundigte sich nach den Verhältnissen der Oppelner Berufsschulen, und nachdem ihm deren finanzielle Lage geschildert worden war, versprach er, beim Handelsminister einen höheren Staatszuschuß zu beantragen. Dann setzte Ministerialrat Kühne seine Reise in das Industriegebiet fort.

Verkehrsunfall.

In Rosdzin-Schoppin stieß am Bahnübergang ein Auto, in dem der Kaufmann Pasternak aus Kattowitz mit seiner Frau saß, mit einem Zuge der Kleinbahn zusammen und wurde eine ganze Strecke vom Zuge mitgerissen. Dabei wurde Frau Pasternak tödlich zermalmt, während ihr Mann und der Chauffeur, die aus dem Auto herausgeschleudert wurden, mit leichten Hautabschürfungen davonkamen. Die Übergangsstellen der Verbindungsbahn sind ohne Schranken, und hierdurch sollen schon wiederholt Unglücksfälle verursacht worden sein.

Knappheit und Ärzte.

In dem Tarifstreit zwischen der Tarnowitzer Knappschafsdirektion und den Knappschafskünstlern ist am Dienstag nach fünfstündigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß eine Einigung erzielt worden.

Französische Freiheit.

Aus Banded wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen gingen zwei hiesige Damen zu einer Schneiderin. Sie mußten längere Zeit warten und fragten schließlich die Hilfschneiderinnen, wer denn im Nebenzimmer bei der Inhaberin des Geschäftes so lange zu tun hätte. Die Antwort lautete: Es sind zwei französische Damen dort. Darauf äußerte die eine der beiden wartenden Damen: „Jetzt müssen wir sogar auf die Französinen warten, wir Deutschen kommen erst später dran.“ Als die beiden Fremden endlich herauskamen, sagte die eine höhnisch: „Das sind wohl Patrioten?“ und die andere sagte: „Jetzt sind wir fertig.“ Beide gingen dann fort. Als die Schneiderin gefragt wurde, ob sie für die Französinen arbeite, sagte sie, sie wolle es nicht; sie wäre direkt überdölpelt worden und würde die ihr zur Verarbeitung übergebenen Sachen zurückschicken. Das tat sie auch. Am nächsten Tage erhielt sie folgenden unerwarteten Brief: „Sehr geehrtes Fräulein! Ich mache sie nicht verantwortlich für das schlechte Benehmen von den zwei Mänteln, aber machen Sie die zwei Weiber aufmerksam, daß durch ihr tolltöses und ordinäres Benehmen tausende anständige und unerschütterliche Deutsche aus Oberschlesien und den Rheinprovinzen verbannt werden. Hochachtungsvoll M. Klum.“ Die Inhaberin des Schneidergeschäfts hat sich als gute Deutsche bewährt. Der Brief mit den Beleidigungen ist der Polizei übergeben und diese abgeben worden, das Weibere zu veranlassen.

Wohlau, 30. August. Als Protestkundgebung des gewerblichen Mittelstandes gegen die Erhöhung des Gewerbesteuerzuschlages auf 10 000 Prozent fand hier am Montag nachmittag unter Leitung des Vorsitzenden des Innungsausschusses, Obermeisters Reichmann, eine große Versammlung auf dem Ring statt, zu der auch Vertreter von Handel und Gewerbe aus Breslau erschienen waren. Generalsekretär Krebs vom Schutzverband für Handel und Gewerbe, Fabrikbesitzer Wandelt und Syndikus Baranek kennzeichneten in Ansprachen die bedrückte Lage des Mittelstandes und führten aus, daß die hohe Gewerbesteuer besonders in Wohlau ungerechtfertigt sei, weil die Stadt in ihrem Fortschritt eine reiche Einnahmequelle besitze. Nachdem hierauf eine gegen die Überspannung der Gewerbesteuer gerichtete Entschließung angenommen worden war, begab sich eine Delegation in das Rathaus zu Verhandlungen mit dem Magistrat. Das Ergebnis war, daß der Steuerzuschlag auf 500 Prozent ermäßigt und ferner eine ständige Steuerberatungskommission aus Mitgliedern des Handwerks und der Kaufmannschaft eingesetzt wurde.

Lokales.

Die neue Orgel in der Maria-Magdalenenkirche.

Am Sonntag, dem 3. September, wird in einem Festgottesdienst in der Maria-Magdalenenkirche die neuerbaute Orgel geweiht werden.

Vor zweiwöchentlich Jahren hatten die Gemeindefürsorgeanstalten den Entschluß zum Umbau des baufälligen und längst unmodern gewordenen Orgelwerkes. Trotz der großen Geldverwertung war der Gedanke des Orgelbaues populär geworden. Nachdem auch der Parochialverband zur notwendigen Modernisierung der Orgel seine Zustimmung und wertvolle Hilfe gegeben hatte, wurde der Orgelbau der Orgelbauanstalt W. Sauer, Frankfurt a. O., übertragen, die in Verbindung mit dem Oberorganisten von Maria-Magdalena, W. Neumann, unter persönlichem Interesse ihres Chefs, des Orgelbauemeisters Ruther, alle Schwierigkeiten überwand und eine künstlerische Tat vollbrachte, und so die Tat und Opfer der Gemeinde krönte. Die Orgel ist nach dem Abbruch 5 Meter höher aufgestellt worden, und der unter ihm frei gewordene Raum mit einer Schalldecke überdölpelt und der etwa 104 qm große Fußboden in breiten Stufen nach oben ansteigend eingerichtet worden. Dadurch ist ein idealer Raum für großen Chor und Orchester geschaffen worden. Die Schalldecke ist nach dem Entwurf des Architekten Koch, durch die Firma Valentin, welche die Zimmerarbeiten ausführte, ganz hervorragend gelungen und wirkt in hohem Grade harmonisierend. Der neue Spielstuhl, ein Meisterwerk deutscher Orgelbautechnik, zählt auf drei Manualen 84 Register und ist mit allen erprobten modernen Hilfsmitteln ausgestattet. Der Antrieb der Walze ist elektrisch, kann aber auch im Notfalle durch Walzgetrieben geschehen. Die Traktur ist pneumatisch. Es stehen in der Orgel gegen 6000 Pfeifen. Zu ihrer Verbindung mit dem im Vordergrunde der Empore stehenden Spielstuhl waren gegen 6 Kilometer Leitrohre nötig. Manche Pfeifen sind fast 20 Meter von der Traktur entfernt. Von überraschender Wirkung sind die Schwellwerke (II. u. III. Manual) dank ihrer sorgfältigen Bauart und besonderen Disposition. Die gesamte Traktur geht vom Spielstuhl durch die beiden Kopfpfeifen zur Orgel hinan. Der äußere gebogene und bei aller Kleinheit doch handlich und leicht übersehbar gebaltene Spielstuhl, wie die Unterbauung der 84 Register auf 11 Windladen in dem beschlänkelten engen Raum mit einer großen Füllung der Firma Sauer. So ist die Magdalenenorgel heute wieder das Gewundene, als was der Organist sie einst rühmte: eines der größten Kunstwerke Schlesiens.

Am Sonntag, dem 10. September, abends 8 Uhr, findet das erste Konzert auf der neuen Orgel statt. Es gelangen wir Werke von J. S. Bach zum Vortrag. Karten am dem bekannten Verkaufsstelle.

Im Anschluß an die Orgelweihe wird mit dem Verkauf von Porzellanmünzen begonnen werden, dessen Weitertrag zur Deduktion der Orgelbauschuld bestimmt ist. Die Münzen wollen jene große künstlerische Vergangenheit wachrufen, die auch unsern Schlesiern die Reformation gebracht und die sich 1923 zum 400. Male jährt. Verfertigt sind sie in der Weiskamer Porzellanmanufaktur und in drei verschiedenen Größen. In keinem bronzenen Rahmen gehalten und in edelster Ausführung repräsentieren sie einen hohen künstlerischen Wert.

Breslauer Messe.

Im Hauptgebäude der Messe, gegenüber dem Meßbüro, werden durch den Syndikus und die Geschäftsführer folgende doppelstaatliche Wirtschaftsverbände vertreten sein: Deutsch-Dänischer, Deutsch-Schwedischer Wirtschaftsverband G. V., Deutsch-Finnischer, Deutsch-Nordwestischer Wirtschaftsverband, Deutsch-Nordamerikanischer Wirtschaftsverband, Südeuropäischer Wirtschaftsverband. In diesem Büro werden ehrenamtlich und kostenlos für sämtliche Besucher und Aussteller der Messe Auskünfte über Ex- und Importangelegenheiten, sowie über Zoll- und Ausfuhrfrage nach und von folgenden Ländern erteilt: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, die Nordstaaten, Italien, Spanien, Portugal, die Schweiz, Jugoslawien und Groß-Rumänien. Es werden auch Adressenlisten für den gegenseitigen Warenverkehr und die Anknüpfung von Auslandsverbindungen vorliegen. Dr. Kiefer, der Chefredakteur der verschiedenen Wirtschaftszeitungen und Syndikus der doppelstaatlichen Wirtschaftsverbände wird mit seinem Personal während der Messetage zur Verfügung stehen und kostenlos alle Auskünfte erteilen.

Der Breslauer Ausverkauf.

Zu dem Leitartikel in Nr. 405 d. Ztg. erhalten wir nachstehende Zuschrift: So berechtigt der Notfchrei über den Ausverkauf Deutschlands durch die Ausländer ist, so wenig besteht ein gesunder Menschenverstand, warum hiergegen von der deutschen Regierung und von den entsprechenden Verwaltungen aus nicht längst in durchgreifender Weise Front gemacht wurde. Das zunächst liegende und einfachste Mittel dürfte das sein, die Grenzen für Ausländer überhaupt zu sperren. Besser und einträglicher wäre es, von jedem Ausländer bei dem jedesmaligen Überschreiten der Grenze einen entsprechenden Betrag, und zwar in Gold, einzufordern. Das Mittel ist ebenso einfach wie ohne jedwede Kosten und Umständlichkeiten durchführbar und bringt den riesengroßen Vorteil, daß das Deutsche Reich wieder einmal Gold zu sehen bekommt. Außerdem müßte selbstverständlich die an Ausländer verkaufte Ware zu einem entsprechend höheren Preise verkauft und außerdem die Ausfuhr entsprechend hoch verzollt werden. Warum wird auf unsern großen nationalen Festspielen (Wagner-Festspiele in Bayreuth, Passionsspiele in Oberammergau usw.) von den Ausländern, welche sich hierzu drängen, nicht das Eintrittsgeld in Gold erhoben?

Wenn es jedem einzelnen Kaufmann überlassen bleibt, seine Ware an Ausländer entsprechend höher zu verkaufen als an Deutsche, so liegt wohl klar auf der Hand, daß infolge der heute vorherrschenden, an Gewinnlosigkeit grenzenden Neigung von einer großen Anzahl von Geschäftleuten viel lieber an Ausländer verkauft wird und der Deutsche hat, wie üblich, das Nachsehen. So lange das Übel nicht bei der Wurzel gepackt wird und dem deutschen Volke Gold zur Erstarbung seiner Finanzen zugeführt wird, ist an eine Besserung der Verhältnisse nicht zu denken. F. M.

